



PINGO's Forum

02.06.2023

Maasai-Delegation trifft mit europäischen Regierungen und Politiker:innen zur Vertreibungskrise

(EUROPA) Eine Maasai-Delegation beendet eine zweiwöchige Europareise, auf der sie mit Regierungen, Vertreter:innen der Europäischen Union (EU und religiösen, sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen in Deutschland, Österreich, Italien und Belgien zusammenkam. Ziel der Delegation war es, internationale Unterstützung gegen die anhaltenden Vertreibungen aus ihrer Heimat in den Gebieten Loliondo und Ngorongoro in der Region Arusha, Tansania, zu gewinnen. Die Advocacy-Tour löste eine große Welle der Solidarität bei den europäischen Partner:innen aus.

Die Vertreibungskrise zwingt Zehntausende von Maasai-Pastoralist:innen, ihr angestammtes Land zu verlassen, unterbricht ihre traditionelle Lebensweise und bedroht sie in ihrer Existenz. Die Delegation brachte ihre Notlage auf die internationale Bühne, da ihr Recht auf freie Meinungsäußerung in Tansania stark eingeschränkt ist.

Die Delegation machte auch auf die indirekte Beziehung zwischen den europäischen Geldern, mit denen Naturschutzprojekte in Tansania unterstützt werden, und den daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen für das Volk der Massai aufmerksam. Die tansanische Regierung rechtfertigt diese Vertreibungen mit Bemühungen um den Naturschutz, doch die Massai-Delegation betonte, dass es auch andere Interessen gibt, darunter Tourismus und Trophäenjagd. Sie forderte die EU auf, ihre Finanzierung an die Einhaltung der Menschenrechte zu knüpfen, und erklärte: "Wenn Sie nicht garantieren können, dass Ihr Geld keine Menschenrechtsverletzungen unterstützt, behalten Sie es!"

Bei ihren Treffen in Deutschland appellierte die Maasai-Delegation an das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit, das Auswärtige Amt und die Zoologische Gesellschaft Frankfurt, die Menschenrechte bei ihren Projekten in Tansania zu beachten. Außerdem forderten sie ein Ende der Zwangsräumungen. Während die Zoologische Gesellschaft Frankfurt ihre Beteiligung bestritt, versicherten die deutschen Regierungsvertreter:innen, dass sie der tansanischen Regierung ihre Bedenken in künftigen Regierungsgesprächen vortragen werden. Darüber hinaus erklärten sie sich bereit, dieses Thema über ihre Botschaft in Dar es Salaam vorrangig anzusprechen. Der Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages sagte zu, die Situation weiterhin durch parlamentarische Besuche in Tansania

und eine genaue Beobachtung der Maßnahmen der Regierung zu verfolgen.

Der Besuch der Delegation in Österreich führte zu ähnlichen Zusagen: Das Umweltministerium und das Außenministerium sagten zu, die Situation zu beobachten, während der österreichische Botschafter in Kenia ebenfalls ankündigte, sich mit der Massai-Delegation treffen zu wollen. Die Delegation reiste auch nach Rom und bat den Vatikan um Unterstützung bei der Artikulation ihres Protestes.

Die EU, die jährlich 168 Millionen Euro für internationale Partnerschaften mit Tansania bereitstellt, war die letzte Station auf der Delegationsreise. Die Europäische Kommission, der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) und der EU-Sonderbeauftragte für Menschenrechte, Eamon Gilmore, versicherten der Delegation, dass sie sich der Problematik bewusst seien und die Menschenrechtsverletzungen in ihren Gesprächen mit der tansanischen Regierung weiterhin zur Sprache bringen würden. Mehrere Mitglieder des Europäischen Parlaments sagten außerdem zu, nach Möglichkeiten zu suchen, um rasch eine humanitäre Reaktion einzuleiten.

Bei einem [Runden Tisch im Europäischen Parlament](#) führte die Massai-Delegation auch einen offenen Dialog mit dem tansanischen Botschafter bei der EU. Während der Veranstaltung widerlegten sie die [Behauptungen](#), die von den tansanischen Regierungsvertreter:innen aufgestellt wurden. Daraufhin wies der tansanische Botschafter die Anschuldigungen zurück, beteuerte die Transparenz der Regierung und lud den UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker ein, Tansania im Jahr 2024 zu besuchen - was in den letzten Jahren nicht möglich war. Darüber hinaus versicherte der Botschafter den Maasai-Delegierten, dass ihre Sicherheit bei ihrer Rückkehr nicht gefährdet sei.

Der Mut der Delegierten, trotz des Risikos von Repressalien offen über ihre Situation in Europa zu sprechen, fand bei einem breiten Spektrum von führenden europäischen Politiker:innen, Institutionen, Organisationen und der Zivilgesellschaft Anklang. Eine breitere Öffentlichkeit wird sich nun zunehmend bewusst, dass der Schutz und der Tourismus auf dem Land der Massai in den Händen der Maasai selbst liegen sollte. Die nun rückkehrenden Maasai-Delegierten bringen eine neue Hoffnung auf internationale Solidarität und Maßnahmen gegen die aktuelle Vertreibungskrise nach Tansania.

Über das Pastoralists Indigenous Non-Governmental Organization's Forum (PINGO's Forum):

PINGO's Forum wurde 1994 gegründet und ist ein Zusammenschluss von 53 Organisationen indigener Völker. Das Forum setzt sich in Tansania unermüdlich für die Rechte der marginalisierten indigenen Pastoralist:innen- und Jäger- und Sammlergemeinschaften ein.

Diese Reise wurde von einer Gruppe von NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt, die sich mit dem Volk der Maasai solidarisch zeigen. Sie arbeiten daran, das Bewusstsein zu schärfen, die internationale Solidarität zu fördern und den Maasai, die zunehmend kriminalisiert werden, eine Plattform zu bieten.

Für Medienanfragen wenden Sie sich bitte an:

- Edward Porokwa, PINGOs Forum: +255 754 479 815, eporokwa@pingosforum.or.tz
- Joseph Oleshangay, Menschenrechtsanwalt: +255 769 637 623, joseshangay@gmail.com
- Martin Lena, Survival International: +33 142 41 47 62, ml@survivalinternational.fr